## Alternative Zeitung FÜR BÖBLINGEN UND SINDELFINGEN

Ausgabe 9 · III. Quartal 2022

# Vater Staat und das Vorsorgeprinzip



Werte Mitbürger,

erschrecken Sie auch, wenn Sie und Ihre Kinder demnächst wieder eine Maske tragen sollen?

Dass ein Minister Lauterbach drastische Grundrechts-Einschränkungen für 2023, **das vierte Jahr der Pandemie,** fordert, war zu erwarten.

Dass aber auch die FDP beim neuen Infektionsschutzgesetz mitspielt, lässt bei jedem freiheitlich gesinnten Bürger die Alarmglocken läuten.

Zur Corona-Problematik zitiere ich Aussagen von Thomas Voshaar, dem Chef der Lungenklinik Moers (Deutschlandfunk 9.August):

- Seit Monaten keine schweren Covid-Patienten in seiner Klinik
- Vireninfektionen (meist mehrere Typen) kann man nicht verhindern
- Keine schweren Covid-Fälle im Herbst zu erwarten, also keine Maßnahmen nötig
- Natürliche Feiung ist wirksamer als Impfung bei der gegenwärtigen Endemie
- Schlechte Datenlage f
  ür die Wirksamkeit von Maßnahmen, inklusive Masken

Wenn ein Praktiker die Situation so analysiert, dass die Pandemie (schwere Gesundheitsschäden) vorbei ist und keine Schutzmaßnahmen mehr nötig sind, dann kommen mehrere Fragen auf:

- Darf der Staat elementare Grundrechte des Bürgers einschränken, wenn die
- Pandemie in eine Endemie, vergleichbar der Grippe, übergegangen ist?
- Welche Maßnahmen sind in der Vergangenheit sinnvoll gewesen?

Der Staat hat die Pflicht der wissenschaftlichen Aufklärung. Leider ist nach 3 Jahren immer noch keine Klarheit über die Fakten vorhanden. Der FDP-Politiker Kubicki fordert zu Recht den Rücktritt des Chefs des RKI. Wenn es wissenschaftlich nicht klar ist, welche Maßnahmen sinnvoll sind, dann darf der Gesundheitsminister auch keine zweifelhaften Maßnahme vorschreiben.

Was bewegt einen Lauterbach dazu, eine alarmierende Situation im Herbst zu prognostizieren und

ein neues Infektionsschutzgesetz zu fordern? Antwort: Das Vorsorgeprinzip! Was ist das Vorsorgeprinzip?

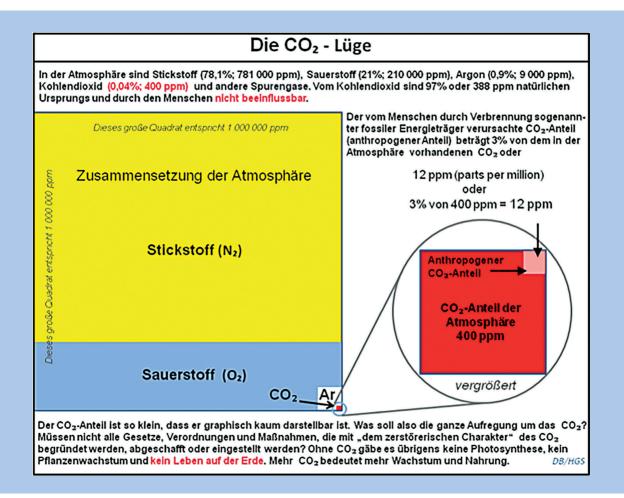
Denkbare Schäden für Umwelt und Gesundheit sollen trotz fehlender oder unvollständiger Wissensbasis im Voraus vermieden werden. Das wurde 1971 als zentrales Umweltpoltisches Handlungsprinzip der Bundesregierung festgelegt.

#### Das Vorsorgeprinzip widerspricht unserer freiheitlichen Grundordnung und ist unsinnig:

- es gibt viel zu viele Risiken . Dafür reichen die finanziellen Mittel nicht aus
- eine monokausale Ursachenbekämpfung bewirkt oft neue Gefahren
- die monokausale Erklärung eines Risikos engt die Forschung ein
- die Beseitigung des Risikos durch Verbote beschränkt die Grundrechte
- statt demokratischer Entscheidung von freien Bürgern soll der paternalistische Staat alles lösen

Wenn mehr als 50% der Bevölkerung in der Bilanz mehr Leistungen vom Staat erhält als sie an den Staat abliefert, dann stimmt diese Gruppe natürlich für einen alles regulierenden und vorsorgenden Staat und toleriert jede Freiheitsbeschränkung. Wer dagegen verlangt, dass der Staat jede Grundrechtseinschränkung wissenschaftlich begründet, einschließlich der Sinnhaftigkeit der Maßnahmen, der braucht eine politische Alternative, die den Staat in seine verfassungsgemäßen Grenzen verweist. Es geht um **Corona**, um "Klimaschutz", um die indirekte Gesetzgebung durch nicht gewählte Brüsseler Bürokraten und um ein durch ausufernde Schulden finanziertes Transfersystem innerhalb der EU an die südlichen Schuldenstaaten (EURO).

Am Beispiel "Klimaschutz" zeigt sich, wohin eine monokausale Erklärung eines sehr komplexen Klimas führt. CO<sub>2</sub> wird als einzige Ursache der gegenwärtigen, nicht sehr auffälligen, Temperaturerhöhung bezeichnet. Aber das ist nicht alles: die durch den Menschen verursachte CO<sub>2</sub>-Emission soll das Klima ändern, obwohl diese nur 3% der



gesamten CO<sub>2</sub>-Emission ausmacht. Das ist ein lächerliches "wissenschaftliches" Konzept. Die Welt sei in einem prekären Gleichgewicht, das vom Menschen, der außerhalb der Natur stehe, bedroht wird.

Der wichtigste Vertreter der menschgemachten Klima-Katastrophe, Schellnhuber, ist eindeutig <u>kein</u> neutraler Wissenschaftler, sondern ein ideologisch geprägter Demagoge. Er wurde von der Gaia-Hypothese geprägt, die vom Chemiker Lovelock und der Biologin Margulis aufgestellt wurde. Der Planet sei ein dynamisches Gebilde, das sich wie ein selbst regulierender biologischer Organismus verhalte.



Klimaforscher und Papstberater Hans Joachim Schellnhuber

Ohne menschlichen Einfluss stelle sich ein Gleichgewichtszustand ein, der sich nur in sehr langen Zeiten verändere. Der Mensch störe dieses natürliche Gleichgewicht seit der Industrialisierung.

Allerdings hat sich der Guru der Gaia-Hypothese, Lovelock, der vor kurzem gestorben ist, sehr kritisch gegenüber dem Klima-Alarmismus im Interview (The Guardian 2016) geäußert:

" ${\rm CO}_2$  is going up, but nowhere near as fast as they thought it would. In fact, I'm not sure the whole thing isn't crazy, this climate change."

"CO<sub>2</sub> steigt, aber bei weitem nicht so schnell, wie sie dachten. Tatsächlich bin ich mir nicht sicher, ob dieser ganze Klimawandel nicht verrückt ist."

Auch Mojib Latif schreibt, dass die wesentliche "natürliche" CO<sub>2</sub>-Emission mit natürlichen CO<sub>2</sub>-Senken im Gleichgewicht sei. Deswegen steige der CO<sub>2</sub>-Gehalt der Luft durch die relativ kleine menschgemachte Emission an und verbleibe Jahrhunderte dort

Das stimmt einfach nicht! Denn wenn der CO<sub>2</sub>-Gehalt der Luft ansteigt, dann steigt auch die CO<sub>2</sub> verbrauchende Fotosynthese an und damit auch die "Biologische Pumpe". Diese befördert 15 Gigatonnen Kohlenstoff in Form von biologischem Material, das durch Fotosynthese an der Meeresoberfläche gebildet worden ist, an den Meeresboden, wo es Jahrtausende verbleibt und dem Kohlenstoffkreislauf entzogen wird. Dieser Vorgang überkompensiert die vom Mensch gemachte Emission bei weitem.

Herr Latif hätte sich im eigenen Haus (GEOMAR) bei seinem Kollegen Riebesell informieren können, bevor er solchen Unsinn in einem Buch veröffentlicht. Der CO<sub>2</sub>-Anstieg in der Luft kommt nicht von der fossilen Verbrennung, sondern kommt aus der Tiefsee. An der Küste von Peru (el Nino) kann man über 1000 ppm CO<sub>2</sub> in der Luft messen.

Die Analogie der Umweltbewegung zur Religion liegt nahe: Die Rettung der Natur vor einer nahe bevorstehenden apokalyptischen Katastrophe sei ein Akt der "Erlösung".

Endzeitprophezeiungen kämen durch das sündhafte Verhalten des Menschen zustande. Die Erlösung könne erlangt werden durch einen radikalen Wechsel des individuellen Verhaltens (der Klimawandel schwebt wie eine Vision des Jüngsten Gerichts über dem Sünder in seinem stadtgängigen SUV). Die Erlösung werde erlangt durch die kollektive Unterwerfung unter eine totalitäre Strategie, die durch Verbote und Verordnungen durchgesetzt werden muss.



Wesentliches Element dieser Strategie ist die Brüsseler Bürokratie. Des Volkes Stimme zählt hier nicht. Keine Wahl kann die Maßnahmen der Bürokraten verhindern. Leider zeigt die Geschichte, dass Lösungen auf dem Verordnungsweg fast immer falsche Anreize schaffen, während freiwillige Kooperation zur Optimierung von Problemlösungen führt.

Liebe Leser,

wenn die Wissenschaft nicht mehr wertneutral ist, sondern durch moralische und utopische Ideologien geprägt wird, dann wird das in einer wirtschaftlichen Katastrophe (Energiekrise) enden und nicht in einem Verglühen des Planeten.

Das Klima kann man nicht schützen, Vireninfektionen kann man nicht verhindern, den Sozialstaat kann man nicht durch Schulden finanzieren und unsere nationale Demokratie kann man nicht durch das Regime von nicht gewählten EU-Bürokraten ersetzen.

Es ist Zeit, sich für die Alternative zu entscheiden!

### Deutschland. Aber normal.



#### Unterstützen Sie uns mit Ihrer Spende:

Spende AfD Kreisverband Böblingen BW Bank

IBAN: DE49 6005 0101 0004 3346 86

**BIC: SOLADEST600** 

Für Spendenbescheinigung Name und Anschrift bei Ihrer Überweisung angeben.

Herausgeber, V.i.S.d.P.:

Kreisverband Böblingen der AfD

Anschritt:

Alternative für Deutschland Baden-Württemberg

Postfach 1246 · 71103 Magstadt Email: az@afd-kreis-bb.de

Redaktion: Gesamtvorstand des Ortsverbandes.

Redaktionsleitung: Dr. Peter Vögele